

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses am 06.09.2012**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus  
Großer Saal  
Marktplatz 2  
06108 Halle

**Zeit:** 16:00 Uhr bis 17:12 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

**Vorsitzende:**

Frau Hanna Haupt	SPD
Herr Roland Hildebrandt	CDU
Frau Heike Wießner	CDU
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.
Herr René Trömel	DIE LINKE.
Herr Klaus Hopfgarten	SPD
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Katja Raab	FDP
Frau Sabine Wolff	MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

**Stimmberechtigte Mitglieder (Freie Träger der Jugendhilfe)**

Frau Helga Schubert  
Herr Uwe Kramer  
Frau Kerstin Masur  
Herr Leonhard Dölle  
Frau Beate Gellert

**Beratende Mitglieder**

Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Frau Katharina Brederlow	Amtsleiterin
Frau Anja Pohl	Stadtelternbeirat
Frau Ilona Hackel	Arbeitsagentur

Frau Renate Leonhard	Kath.Propsteipfarramt
Herr Rene Moses	Humanistischer RV
Frau Janice Windisch	Kinder- und Jugendrat
Herr Mirko Petrick	Kinder- und Jugendbeauftragter
Frau Petra Schneutzer	Beauftragte für Migration und Integration

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Andreas Schachtschneider	CDU
Frau Antje Klotsch	Freie Träger
Herr Dr. Hendrik Kluge	Evang.Kirchenkreis
Frau Carola Messerschmidt	LVWA
Frau Carmen Wiebach	Jobcenter
Herr KR Ralf Berger	Polizei Halle
Herr Richter Bruno Glomski	Amtsgericht Halle
Frau Tatjana Privorozkaja	Jüdische Gemeinde zu Halle
Frau Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte

## zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, eröffnete die Kinder- und Jugendsprechstunde.

Da keine Kinder und Jugendlichen erschienen waren, wurde die Sprechstunde beendet.

## zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, eröffnete und leitete die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, stellte die Tagesordnung fest.

Die Tagesordnung wurde **durch den Jugendhilfeausschuss** ohne Änderungen bestätigt.

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 05. Juli 2012
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Beschlussvorlagen
- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Ausrichtung der Schulentwicklungsplanung an Erfordernissen inklusiver Bildung und pädagogischer Innovation  
Vorlage: V/2012/10681
- 6.1.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im

- . Stadtrat Halle (Saale) zur Ausrichtung der Schulentwicklungsplanung an Erfordernissen inklusiver Bildung und pädagogischer Innovation (V/2012/10681)  
Vorlage: V/2012/10890
- 6.2. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Sozialraum Silberhöhe  
Vorlage: V/2012/10856
- 7. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 8. Mitteilungen
- 8.1. Förderung von Projekten in der Jugendhilfe für das Jahr 2012,  
hier: Verwaltungshandeln laut Satzung des Amtes für Kinder, Jugend und Familie,  
§ 8, Absatz 2, 4. Satz  
Vorlage: V/2012/10918
- 8.2. Quartalsbericht zu Kindertagesstätten und Hilfen zur Erziehung (HzE)
- 9. Themenspeicher
- 10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 11. Anregungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 05. Juli 2012**

---

Die öffentliche Niederschrift der Sitzung vom 05. Juli 2012 wurde ohne Änderungen durch den Jugendhilfeausschuss **genehmigt**.

### **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD),**

gab aus der nicht öffentlichen Sitzung vom 05. Juli 2012 den Beschluss bekannt:

- zu 3.1 Fortschreibung der Prioritätensetzung der Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe § 11-13, 14, 16 SGB VIII der Stadt Halle (Saale) i.V.m. dem Beschluss vom 20.12.2011 V/2011/10212)  
Vorlage: V/2012/10576**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt unter dem Vorbehalt des Stadtratsbeschlusses zum Haushalt der Stadt Halle (Saale) 2012 sowie eines seitens der Kommunalaufsicht genehmigten Haushaltes der Stadt Halle (Saale) die jeweils anteilige Förderung der Leistungen gemäß **geänderter** Anlage II.

## zu 5      **Beschlussvorlagen**

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, teilte mit, dass keine Beschlussvorlagen zur Behandlung anstehen.

## zu 6      **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

### zu 6.1      **Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Ausrichtung der Schulentwicklungsplanung an Erfordernissen inklusiver Bildung und pädagogischer Innovation** **Vorlage: V/2012/10681**

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)** sprach an, dass der Bildungsausschuss zu den vorliegenden Anträgen bereits abgestimmt hat. Dem Antrag der Fraktion DIE LINKE wurde mehrheitlich zugestimmt und der Änderungsantrag der FDP-Fraktion wurde abgelehnt. Sie gab das Wort an die antragstellende Fraktion.

**Herr Trömel, DIE LINKE.**, sprach an, dass der vorliegende Antrag geringfügig im Beschlusspunkt verändert wird, was bereits im Bildungsausschuss schon erfolgte und zwar wird im 1. Satz das Jahr auf „2013“ verändert so dass die Stadtverwaltung beauftragt wird, bis zum Ende des Jahres 2013 eine grundlegende Überarbeitung der Schulentwicklungsplanung dem Stadtrat vorzulegen. Er ging kurz darauf ein und wies darauf hin, dass sich ansonsten im vorliegenden Antrag und der Begründung nichts verändert und die Fraktion bei diesem Antrag bleibt.

**Frau Raab, FDP-Fraktion sprach an**, dass sie gehofft hatte, das die Fraktion DIE LINKE. Ihren Antrag zurück zieht. Da dies nicht erfolgt ist, hält sie den Änderungsantrag ihrer Fraktion aufrecht. Die Schulentwicklungsplanung liegt für die Gremien vor, deshalb hätte der Antrag zurück gezogen werden können. Ihre Fraktion ist für eine komplette Streichung der im Antrag aufgeführten Punkte 1. und 4. und gibt im Änderungsantrag Empfehlungen. Sie ging kurz auf den Änderungsantrag ein.

**Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung) sprach an**, dass jetzt durch die Verwaltung die Schulentwicklungsplanung für den Bildungsausschuss vorgelegt worden ist. Die Thematik Inklusion muss ein Bestandteil der Planung sein. Die Zuständigkeit für diesen Bereich liegt beim Land, hier gibt es nach wie vor Bedarfe zur Klärung. Die im FDP-Änderungsantrag aufgeworfene Thematik Brandschutz gehört zu den Fragen des Objektschutzes. Der Jugendhilfeausschuss kann sich analog dem Bildungsausschuss orientieren oder dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion folgen, dies liegt jetzt in der Entscheidung des Jugendhilfeausschusses.

**Herr Trömel, DIE LINKE.**, verwies darauf, dass es erst im Bildungsausschuss eine andere Situation gab, da dort gesagt worden ist, es wird keine Schulentwicklungsplanung geben. Demzufolge ist seine Fraktion auch beim Antrag geblieben. Im zuletzt statt gefundenen

Bildungsausschuss ist die Schulentwicklungsplanung vertagt worden, da die Unterlagen erst kurz vorher vorgelegt wurden. Es ging dort auch um einen anderen Antrag zur Inklusion, was nichts mit dem Antrag seiner Fraktion zu tun hatte.

**Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung) antwortete**, dass es zutrifft, dass vorgestern im Bildungsausschuss ein Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN zur Schaffung von inklusiven Grundschulen gestellt worden ist. Klar ist, dass durch das Land zur Inklusion nur Empfehlungen durch das Land erfolgen und wir müssen sehen, ob diesen gefolgt wird oder wir uns nicht daran halten.

**Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an**, dass im Bildungsausschuss es Änderungen gab, hier hatte die Verwaltung eine neue Stellungnahme zum Sachverhalt zugesagt.

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), verwies darauf**, dass hier kein Protokoll des Bildungsausschusses vorliegt und dies auch kein Thema jetzt sei und dass hier im Jugendhilfeausschuss Thema ist, was hier ansteht.

Da es keine Anfragen zu den vorliegenden Anträgen gab, **rief Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, zur Abstimmung des Änderungsantrages der FDP-Fraktion auf.

5	Ja-Stimmen
5	Nein-Stimmen
3	Enthaltungen

**abgelehnt**

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief** zur Abstimmung des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf.

10	Ja-Stimmen
1	Nein-Stimme
2	Enthaltungen

**Mehrheitlich zugestimmt.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich zugestimmt**

Die antragstellende Fraktion hat in der Sitzung im Pkt. 1. geändert

**Geänderter Beschlussvorschlag :**

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum Ende des Jahres ~~2012~~ **2013** eine grundlegende Überarbeitung der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für alle Schulformen dem Stadtrat zur Beratung vorzulegen. Dabei sollen bereits im Vorfeld der Städtelternrat und der Stadtschülerrat sowie (für berufsbildende Schulen) die Sozialpartner bei der Entscheidungsfindung einbezogen werden.

Ziel soll es sein, dass in der Stadt Halle (Saale) ein attraktives und auskömmliches Schulangebot längerfristig gewährleistet werden kann, das flexibel genug ist, unterschiedlichen Entwicklungen der Schülerzahlen ebenso zu entsprechen wie es Raum für bildungspolitische und pädagogische Innovationen geben soll.

Insbesondere soll dabei beachtet werden, dass in der Stadt Halle (Saale) inklusive Bildung in allen Schulen und Schulformen möglich wird.

Da sich viele Grundschulen die Räumlichkeiten mit Horten teilen, soll in diesem Zusammenhang auch die Hortentwicklungsplanung berücksichtigt werden.

2. Bei künftig in Angriff zu nehmenden Schulsanierungen – beginnend mit dem STARK III-Programm – sollen in den Planungen Maßstäbe für inklusive Bildung über die bauliche Barrierefreiheit hinaus angelegt werden. Dazu soll mit der Landesregierung beraten werden, inwiefern die planerischen Vorgaben des Landes zu Schulgrößen und Raumberechnungen mit Blick auf die Absicherung inklusiver Bildung angepasst werden müssen.
3. Im Zusammenhang mit den angestrebten Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Programms STARK III und ggf. darüber hinaus sollen die zu sanierenden Schulen eine informationstechnische Infrastruktur erhalten, die eine Nutzung von modernen Unterrichtsmitteln künftig ermöglicht.
4. Die Ergebnisse dieser Überarbeitung der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung sind im Jugendhilfe- und Bildungsausschuss vorzubereiten.

**zu 6.1.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Ausrichtung der Schulentwicklungsplanung an Erfordernissen inklusiver Bildung und pädagogischer Innovation (V/2012/10681)  
Vorlage: V/2012/10890**

---

Siehe Diskussion und Abstimmung unter TOP 6.1.!

**Abstimmungsergebnis:**

**abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

Der Antrag wird wie folgt geändert:

- ~~5. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum Ende des Jahres 2012 eine grundlegende Überarbeitung der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für alle Schulformen dem Stadtrat zur Beratung vorzulegen. Dabei sollen bereits im Vorfeld der Stadtelternrat und der Stadtschülerrat sowie (für berufsbildende Schulen) die Sozialpartner bei der Entscheidungsfindung einbezogen werden.  
Ziel soll es sein, dass in der Stadt Halle (Saale) ein attraktives und auskömmliches Schulangebot längerfristig gewährleistet werden kann, das flexibel genug ist,~~

~~unterschiedlichen Entwicklungen der Schülerzahlen ebenso zu entsprechen wie es Raum für bildungspolitische und pädagogische Innovationen geben soll. Insbesondere soll dabei beachtet werden, dass in der Stadt Halle (Saale) inklusive Bildung in allen Schulen und Schulformen möglich wird. Da sich viele Grundschulen die Räumlichkeiten mit Horten teilen, soll in diesem Zusammenhang auch die Hortentwicklungsplanung berücksichtigt werden.~~

6. Bei künftig in Angriff zu nehmenden Schulsanierungen – beginnend mit dem STARK III-Programm – sollen in den Planungen Maßstäbe für inklusive Bildung über die bauliche Barrierefreiheit hinaus angelegt werden. Dazu soll mit der Landesregierung beraten werden, inwiefern die planerischen Vorgaben des Landes zu Schulgrößen und Raumberechnungen mit Blick auf die Absicherung inklusiver Bildung angepasst werden müssen.
7. Im Zusammenhang mit den angestrebten Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Programms STARK III und ggf. darüber hinaus sollen die zu sanierenden Schulen eine informationstechnische Infrastruktur erhalten, die eine Nutzung von modernen Unterrichtsmitteln künftig ermöglicht.
- ~~8. Die Ergebnisse dieser Überarbeitung der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung sind im Jugendhilfe- und Bildungsausschuss vorzuberaten.~~
9. Die Brandschutz- und Investitionsprioritätenliste fließt in die Schulentwicklungsplanung ein.

## **zu 6.2 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Sozialraum Silberhöhe Vorlage: V/2012/10856**

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, gab der antragstellenden Fraktion das Wort.

**Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion**, sprach an, dass Hintergrund des Antrages die Haushaltssituation der Stadt ist und es eine Planungssicherheit und Konzepte im Sozialraum Silberhöhe geben sollte. Es gab für die Silberhöhe mal eine Sozialraummanagerin Frau Jonas, die nicht mehr tätig ist. Einrichtungen sollen langfristig gesichert dort sein. Die Notwendigkeit für einen Auftrag an die Verwaltung wird hier gesehen.

**Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt)**, sprach an, dass wir eine klare Rechtslage im Jugendamt haben. Es gibt die durch den Stadtrat beschlossene Jugendhilfeplanung. Es gibt einen Unterausschuss Jugendhilfeplanung und auch Sozialraumgruppen, die sich mit der Jugendhilfeplanung in der Stadt und demzufolge auch in der Silberhöhe beschäftigen. Der Sozialraum selbst besteht nicht nur aus der Silberhöhe sondern auch aus Randgebieten wie Radewell, Kanena, Osendorf und Ammendorf.

Die erwähnte Frau Jonas war im damaligen Stadteilbüro tätig. Jetzt ist dafür Ansprechpartner Herr Bantle, welcher dem Jugendamt zugeordnet worden ist. Dieser versucht Kontakte aufrecht zu halten. Die Perspektiven für die Einrichtungen (Horte, Schulen, Kita's) müssen auch gesehen werden. Die Frage ist, in wie weit hier Räume anderweitig genutzt werden. Falls gewünscht ist, zur Silberhöhe etwas vorzulegen, benötigt die Verwaltung hier mehr Zeit als bis Oktober. Es passiert eine Planung, wie man auch an der Schulentwicklungsplanung, die jetzt in die Gremien geht, sieht. Ein Gesamtkonzept nur für die Silberhöhe vorzulegen, sieht sie für die Jugendhilfe als fraglich an, da es um alle

Sozialräume in der Jugendhilfeplanung geht.

**Frau Raab, FDP-Fraktion**, stellte Fragen an die antragstellende Fraktion:

Wo wird eine Angebotsdoppelung, die eine koordinierte und abgestimmte Planung der Sozialangebote erschwert, gesehen? Sie findet, dass die Verwaltung hier eine saubere Trennung hinbekommt. Auf welcher Grundlage wird ein Quartiersmanager gesehen? Im Stadtteil Neustadt gibt es hierfür eine andere Grundlage. Der Antrag wird als weit hergeholt angesehen und ist verwirrend. Sie würde den Antrag ablehnen.

**Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE.**, sprach an, dass ihre Fraktion auch gegen diesen Antrag stimmen wird. Es ist nicht nachvollziehbar, in welche Richtung dieser Antrag gehen soll. Warum wird ausgerechnet die Silberhöhe so in den Mittelpunkt gestellt? Gerade die Silberhöhe steht im Fokus, auch in den Medien. In den Sozialraumgruppen wurde sehr eng zusammen gearbeitet und auch geschaut, was für die Nutzer sinnvoll oder weniger sinnvoll erscheint. Es gibt keine überdimensionalen Angebote in der Silberhöhe und auch keine erhöhte Förderung gegenüber den übrigen Stadtteilen. Sie weiß nicht, ob der Antrag aus der medialen Berichterstattung zur Silberhöhe heraus entstanden ist. Ihre Fraktion lehnt den Antrag ab.

**Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, fragte an, ob die antragstellende Fraktion weiß, dass hier eine Sozialraumgruppe eng mit Partnern zusammenarbeitet und auch Planung betreibt. Wieso ist der Fokus ausgerechnet auf der Silberhöhe? In dem mündlichen Bericht von Herrn Hildebrandt ist das Wort Planungssicherheit ins Spiel gebracht worden. In den Sozialraumgruppen wird geplant. Dass durch die Haushaltssituation kaum finanzielle Möglichkeiten bestehen, ist eine andere Sache. Ihre Fraktion lehnt diesen Antrag ebenfalls ab.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion., sprach an, dass er statt der Begrifflichkeit „Angebotsdoppelung“ besser von einer „Akzentuierung bei der Schwerpunktsetzung“ sprechen würde. Insbesondere in der Silberhöhe unterliegt gerade die Situation im Kinder- und Jugendbereich einer ständigen Veränderung, was einer entsprechenden Berücksichtigung bedarf.

**Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung)** sprach davon, dass es Leistungen gibt, welche passgenau sind und die wurden in der Jugendhilfe definiert. Sie finden nur in unterschiedlichen Objekten statt. Es gibt Gebäude, welche zu groß oder zu klein sind. Zwischen Raum und Leistung muss ein Verhältnis gesehen werden. Die Frage ist, können wir leere Räume bezahlen oder nicht und danach muss geschaut werden.

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, fragte die antragstellende Fraktion, ob diese im gestellten Antrag noch Änderungen vornehmen oder diesen so belassen wolle.

**Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion**, antwortete, dass im 2. Beschlussvorschlag der Zeitrahmen „bis zur Oktobersitzung“ gestrichen und dafür in „zum Februar 2013“ geändert wird. Ansonsten wird bei dem Antrag geblieben.

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, rief zur Abstimmung des durch die antragstellende Fraktion geringfügig geänderten Antrages auf.

2	Ja-Stimmen
11	Nein-Stimmen
1	Enthaltung

**Mehrheitlich abgelehnt**

Die antragstellende Fraktion hat in der Sitzung im Pkt. 2. geändert

**Geänderter Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept mit dem Ziel effizienterer Strukturen für den Sozialraum Silberhöhe vorzulegen.
2. Ein entsprechendes Konzept wird von der Stadtverwaltung bis ~~zur Oktober-Sitzung 2012~~ **zum Februar 2013** dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt.

**zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, sprach an, dass keine schriftlichen Anfragen vorliegen.

**zu 8 Mitteilungen**

---

**zu 8.1 Förderung von Projekten in der Jugendhilfe für das Jahr 2012, hier: Verwaltungshandeln laut Satzung des Amtes für Kinder, Jugend und Familie, § 8, Absatz 2, 4. Satz  
Vorlage: V/2012/10918**

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, sprach an, dass die vorliegende Informationsvorlage zur Kenntnis genommen wird.

**Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen**

Im Rahmen des durch den Stadtrat beschlossenen Budgets für die Förderung freier Träger 2012 in Höhe von 1.875.600 EUR wurde seitens der Verwaltung entschieden, folgende Projekte mit einer Gesamtförderung in Höhe von **23.781,00 EUR** zu finanzieren. (siehe Anlage)

**Der Jugendhilfeausschuss nimmt die in der Anlage vorgelegten Vorschläge zur Förderung von Projekten laut § 5 „Sonstige Projektförderung“ der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Kenntnis.**

## zu 8.2 Quartalsbericht zu Kindertagesstätten und Hilfen zur Erziehung (HzE)

---

**Frau Schöps, Ressortleiterin Amt für Kinder, Jugend und Familie**, stellte zuerst den Bericht zum Bereich „Hilfen zur Erziehung (HzE) „, II. Quartal 2012 anhand einer Präsentation vor. Sie ging auf die Entwicklung der Fallzahlen ein. Dies wurde anhand der Fallzahlen 09/2011 bis 06/2012 gegenübergestellt. Im Verhältnis der Hilfen sieht dies prozentual so aus:

- Familienersetzende Hilfen 28%; familienunterstützende Hilfen 43% und familienergänzende Hilfen 29%.

Sie sprach u.a. an, dass es immer schwieriger wird, bei den Pflegeeltern (§ 33 SGB VIII) eine Stabilität reinzubringen. Das Amt macht immer mal Werbung, aber es wird immer schwieriger, Pflegeeltern zu gewinnen. Dies hängt zum Einen damit zusammen, dass oftmals die Kinder aus immer schwierigeren Familienverhältnissen kommen und zum Anderen war die Situation vor Jahren noch so, dass oftmals Eltern, deren Kinder aus dem Haus entwachsen waren, sich hierfür interessierten. Heute sind die Eltern teilweise viel älter, wenn sie eigene Kinder bekommen und dann soweit, dass sie beim Verlassen ihrer Kinder aus dem Haus nicht mehr Pflegekinder aufnehmen möchten bzw. auch nicht mehr infrage hierfür kämen.

Sie sprach den Stand der Auszahlungen nach Quartalen an. Für das II. Quartal 2012 sind noch nicht alle Auszahlungen erfolgt, vorrangig betrifft die Auszahlung die Monate April und Mai. Hier wurden Auszahlungen in Höhe von 5.068.543 EUR bisher vorgenommen. Juni ist noch offen.

Für 2012 wurden bisher insgesamt 12.635.825 EUR ausgezahlt.

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, fragte an, ob es kurze Rückfragen zu diesem Bericht gibt. Dies war nicht der Fall.

**Frau Schöps** stellte dann die Präsentation zur Auswertung der Bedarfs- und Entwicklungsplanung (BEP) Kindertagesstätten (Kita), II. Quartal 2012, vor. Im Vergleich brachte sie das I. und II. Quartal 2012 als Gegenüberstellung der Zahlen. Für das II. Quartal sprach sie an, dass laut BEP 2012 in der Kinderkrippe 3.560 Kinder geplant sind, der Stand ist bei 3.272 Kindern. Für den Kindergarten sind laut Planung 6.694 Kinder geplant, es wurden bereits 6.733 Kinder aufgenommen und im Hort wurden 5.486 Plätze geplant und tatsächlich ausgelastet sind 5.574 Plätze. Gesamt für 2012 sind 15.740 Plätze, der Stand lag im II. Quartal bei 15.579 Plätzen. Sie verwies darauf, dass es in den Schulen eine unterschiedliche Situation hinsichtlich der Hortkapazitäten gibt. An einigen Schulen sind noch Kapazitäten und anderen Schulen ist die Kapazität übererschöpft. Im II. Quartal waren mehr Kinder in Einrichtungen als im I. Quartal 2012. Die Auszahlung nach Quartalen für Zuschüsse Kita 2012 ist für das II. Quartal folgendermaßen: an Freie Träger: 8.726.900 EUR und an den EB Kita: 6.060.600 EUR.

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, fragte an, ob es kurze Rückfragen zum Bericht Kita gibt.

**Anfrage Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)** bezüglich der erteilten Betriebserlaubnisse, wo die Änderungen gesehen werden und welche Horte dies betrifft.

**Frau Schöps** bot an, diese Zahlen noch zu liefern.

Dies sah **Herr Dölle** nicht als zwingend notwendig an.

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, sprach an, dass es weitere Mitteilungen gibt:  
Sie teilte mit, dass heute die Termine für die Sitzungsplanung 2013 ausgeteilt worden sind und sich jeder diese vermerken möchte.

**Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt)** teilte mit, dass heute zwei Schreiben ausgeteilt worden sind. Zum Einen handelt es sich um ein Schreiben des Ministeriums für Arbeit und Soziales bezüglich „Hort für Förderschüler“, hierzu hat Frau Oberbürgermeisterin angefragt. Mit der Antwort des Ministeriums können wir uns nicht zufrieden geben, ein Antwortschreiben wurde vorbereitet und liegt der Oberbürgermeisterin zur Unterschrift vor. Zum anderen wurde die Stellungnahme der Oberbürgermeisterin an den Städte- und Gemeindebund LSA zum KiFÖG LSA ausgeteilt. Es wird am Dienstag, dem 18.09.2012 im Hort Kinderpark einen Termin mit den Kita-Trägern und dem Stadtelternbeirat geben, zu welchem auch die Landtagsabgeordneten eingeladen worden sind. Bisher hat verbindlich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Termin bestätigt. Sie wird diese Einladung den Mitgliedern des JHA noch zukommen lassen, interessierte Mitglieder sind zu der Veranstaltung mit eingeladen. Es gab eine Arbeitsgruppe, die sich mit bestimmten Inhalten zum KiFÖG beschäftigt hat. Es gab eine einheitliche Position was qualitative Aspekte und Entwicklungen angeht, zur Finanzierung gibt es sicher unterschiedliche Positionen und Vorstellungen.

---

**Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt)** teilte mit, dass es strukturelle Veränderungen im Jugendamt gibt. Zum 01.01.2013 wird das Schülerwohnheim in Neustadt dem Jugendamt zugeordnet. Hier laufen schon vorbereitende Gespräche.

---

**Frau Schneutzer, Beratendes Mitglied (Beauftragte für Migration und Integration)**, teilte mit, dass vom 24.09. – 29.09. die interkulturelle Woche unter der Schirmherrschaft der Oberbürgermeisterin in Halle ist. Hierzu hat sie das Programmheft ausgelegt. Die Koordination wurde wieder von der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ Halle-Saalekreis e.V. übernommen.

## zu 9 Themenspeicher

---

**Anregung Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, zum Themenspeicher : sie schlägt die Thematik Sozialconsierge Medizinierviertel und Neustadt als Thematik für den JHA vor. Dies war im SGGA als Thematik

**Frau Brederlow** hat dies als Anregung aufgenommen und wird dies prüfen und hierzu ggf. etwas vorbereiten

## zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

**Anfrage Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, ob der in der Sitzung im Juli an gekündigte Klageweg zum Betreuungsschlüssel durch die Stadt eingegangen wurde.

**Antwort Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung)** dass dies nicht gemacht wurde, da jetzt auch eine andere Situation besteht. Damals wurden neben der Pauschale auch die Elternbeiträge gesehen, dies ist jetzt nicht mehr der Fall.

**Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung)** antwortete, dass ein Hort durch den Träger lebenstraum e.V. betrieben wird. Die Situation darf nicht auf dem Rücken der Kinder ausgetragen werden. Mit dem Träger wurde ausgehandelt, was im Betreuungsschlüssel genommen wird.

**Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt)** ergänzte, dass der Hort diese Woche erst seine Arbeit aufgenommen hat und das Jugendamt abwartet, wie viel Kinder hier betreut werden und wie der Betreuungsschlüssel sein muss. Dann werden entsprechende Fragen an das Land hierzu aufgetan und im JHA auch dazu informiert.

**Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte zur Informationsvorlage Projektförderung an. Diese wurde zur Kenntnisnahme vorgelegt und lag nicht in der Entscheidung des JHA.

**Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt) antwortete**, dass hier Verwaltungshandeln vorliegt und das Jugendamt bis 5000 EUR Mittel vergeben kann und den JHA darüber informiert hat.

**Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte speziell zum Träger congrav e.V. an, da dieser zwar unter der Vergabesumme von 5000 EUR liegt, aber die Antragssumme war über 10.000 EUR. Dies hätte der JHA zur Entscheidung vorliegen haben müssen.

**Antwort Frau Schöps, Ressortleiterin Jugendamt**, dass sie von der Antragssumme her Recht hat. Es gab bei dem Verein folgendes Problem: der Geschäftsführer und auch Mitglieder haben sich jetzt neu gefunden, schwierig hierzu etwas zu sagen, da erst gesehen werden muss, wie die Arbeit dort weiter geht. Da der Bedarf am JuLeiCa gesehen wird, sollten zumindest erst mal diese Mittel zur Verfügung gestellt werden. Sie würde im JHA im Oktober eine Beschlussvorlage zum congrav e.V. erarbeiten und dann kann der JHA entscheiden, ob und in welcher Höhe hier gefördert werden soll.

**Anfrage Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, wie das jetzt weiter geht und ob die anderen Träger dann nicht mehr gefördert werden?

**Frau Schöps antwortete**, dass es zum Jahresende zugeht und nur noch 3 Monate anstehen. Es wäre sehr schwierig neue Projekte noch für diese kurze Zeit anlaufen zu lassen. Demzufolge sollen die hier vorgelegten Projekte gefördert werden.

**Anfrage Frau Raab, FDP-Fraktion** zur Projektförderung der Freiwilligenagentur, hier zum Freiwilligentag. Hier ist die Grundarbeit der Agentur doch nicht drin, die Projekte der Jugendhilfe sind gelaufen, wieso werden hierfür jetzt noch Mittel verteilt?

**Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt)** antwortete, dass sie den Antrag jetzt nicht vorliegen hat, um speziell darauf eingehen zu können. Der Kinder- und Jugendrat macht hier auch ein Projekt. Eine Unterstützung des Freiwilligentages sollte gegeben werden.

**Frau Raab, FDP-Fraktion** fragte nach, wofür diese Mittel ausgereicht werden?

**Antwort Frau Schöps**, dass sie eine konkrete Untersetzung hierzu machen wird und zum nächsten JHA vorlegt.

**Anfrage Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE.**, wie der Stand zum „Schnatterinchen“ ist?

**Antwort Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt)**, dass hier der Hort des lebenstraum e.V. seinen Sitz hat.

**Anfrage Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE.**, zu einem Artikel in der heutigen MZ zu einem Protest der Anwohner zum Spielplatz Am Preßlersberg. Was ist hierzu bekannt?

**Antwort Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt)**, dass klar ist, dass das Jugendamt den Spielplatz befürwortet.

**Herr Petrick, Beratendes Mitglied (Kinder- und Jugendbeauftragter)**, ergänzte, dass er den Artikel gelesen hat und dies eine einseitige Darstellung ist, die hier erfolgte. Der Spielplatz ist gewünscht.

**Anfrage Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)** zu den beschlossenen und bewilligten Fördersummen im JHA. Hier sind noch 150.000 EUR übrig und nicht verplant. Theoretisch stehen diese aber für die Jugendhilfe zur Verfügung, was ist damit?

**Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt)** es wurden Beschlüsse gefasst. Es gibt keine offenen Anträge mehr.

**Frau Schöps** ergänzte, dass es zwar einen genehmigten Haushalt gibt, aber eine vorläufige Haushaltsführung. Was soll jetzt für 2 Monate noch angefangen werden, die Unsicherheit, die wir in 2011 hatten, wollen wir nicht mehr. So wie es jetzt läuft, ist es günstig. Was machbar an Ausgaben ist, wird gewährleistet.

**Anfrage Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, laufen wir dann nicht Gefahr, dass bei unausgegebenen Mitteln 2012 der Ansatz für 2013 dann gekürzt wird?

**Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung)** teilt diese Befürchtungen nicht. Der Anstieg im Kita- und Hortbereich ist klar. Den wachsenden Bedarf in den Kita's sieht er als Schwierigkeit. Hier gilt „Pflicht vor Kür“. Die Jugendhilfe sieht er nicht als Hauptpunkt, wo viel geregelt werden kann.

**Keine weiteren Anfragen.**

**zu 11      Anregungen**

---

Es gab keine Anregungen.

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, beendete 17.12 Uhr den öffentlichen Teil.

---

Tobias Kogge  
Beigeordneter für Jugend, Schule,  
Sport, Soziales und kulturelle Bildung

---

Frau Hanna Haupt  
Ausschussvorsitzende

---

Uta Kaupke  
Protokollführer/in